Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3126**

15. Wahlperiode 07. 05. 2004

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/2388 –

Für eine moderne Bundeswehr als Pfeiler einer verlässlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands

A. Problem

Der Schutz unseres Landes und seiner Bevölkerung bedarf einer Neuausrichtung. Die Bedrohungslage für Deutschland hat sich in den zurückliegenden Jahren substanziell verändert. Verantwortungsvoller deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik kommt damit die zweifache Aufgabe zu, einerseits Sicherheit, Frieden und Freiheit in enger Kooperation mit den Partnern verlässlich zu sichern und andererseits durch nationalen Heimatschutz äußere Gefahren für die Bundesrepublik Deutschland abzuwehren. Die Bundeswehr muss in der Lage sein, einen entsprechenden angemessenen Beitrag für internationale Krisensätze und Friedensmissionen leisten zu können. Insbesondere die Schaffung integrierter NATO- und europäischer Eingreiftruppen, wie auch eine stärkere arbeitsteilige und weiter integrierte europäische Streitkräfte- und Rüstungsstruktur sind dringend erforderlich. Die notwendige mittelfristige moderne Ausrüstung der Bundeswehr verlangt neben einer soliden Finanzlinie, vor allem eine konsolidierte Material- und Personalplanung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

den Antrag auf Drucksache 15/2388 abzulehnen.

Berlin, den 7. Mai 2004

Der Verteidigungsausschuss

Reinhold Robbe	**Rainer Arnold**	**Christian Schmidt (Fürth)**
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Rainer Arnold und Christian Schmidt (Fürth)

I. Überweisung

Der Antrag auf Drucksache 15/2388 wurde in der 97. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. März 2004 an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag auf Drucksache 15/2388 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die deutschen sicherheitspolitischen Interessen auf Basis des Grundgesetzes klar zu definieren und ein ressortübergreifend abgestimmtes verbindliches sicherheitspolitisches Konzept vorzulegen, dass neben Landes- und Heimatschutz auch die Perspektive des deutschen Beitrags zur gemeinsamen transatlantischen und europäischen Sicherheitspolitik darlegt. Deswegen bedarf es der baldigen Herausgabe eines Weißbuchs. Ferner soll die Bundesregierung aufgefordert werden, Initiativen zu ergreifen für die Erhaltung und Erneuerung der strategischen Bedeutung der Nordatlantischen Allianz und der Vertiefung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es soll sichergestellt werden, dass die Bundeswehr einen den Interessen und der Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland im Bündnis angemessenen nachhaltigen Beitrag hinsichtlich Personalstärke und -struktur und der Ausrüstungserfordernisse für die Aufgaben internationaler Krisenbewältigung und der Verteidigung für NATO, EU und VN bereitstellt. Im Rahmen eines integrierten Gesamtverteidigungskonzepts solle die zivilmilitärische Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gestärkt werden. Die Bundesregierung solle sich ressortübergreifend der zur allgemeinen Wehrpflicht als Verfassungsgebot zur solidarischen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und seiner Bevölkerung bekennen und diese unter Wiederherstellung der Wehr- und Dienstgerechtigkeit weiterentwickeln. Die zukünftige Personalstärke der Bundeswehr solle ausreichend dimensioniert werden. Das Bekenntnis zur nachhaltigen Unterstützung der deutschen wehrtechnischen Industrie und Forschung sei notwendig. Der Verteidigungshaushalt ab 2005 müsse substanziell aufgestockt werden. Rationalisierungen, Privatisierungen und Kooperationsmodelle in der Bundeswehr sollen unter bestimmten Voraussetzungen vorangetrieben sowie der deutschen Bevölkerung die sicherheitspolitische Lage des Landes und die daraus sich ergebenden Konsequenzen in einer öffentlichen sicherheitspolitischen Grundsatzdebatte vermittelt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 37. Sitzung am 28. April 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung empfohlen.

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage in der 36. Sitzung am 28. April 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat die Vorlage in der 58. Sitzung am 28. April 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage in der 32. Sitzung am 28. April 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in der 34. Sitzung am 31. März 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in der 36. Sitzung am 28. April 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in der 46. Sitzung am 31. März 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 45. Sitzung am 31. März 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 35. Sitzung am 28. April 2004 den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/2388 gemeinsam mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 15/2656 und dem Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/2662 beraten. Es wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung empfohlen.

Seitens der **Fraktion der SPD** wurde betont, dass mit dem Unionsantrag insbesondere die Aufstockung des Verteidigungshaushaltes ab 2005 erfolgen solle. Es werde aber

keine Antwort darauf gegeben, woher das Geld kommen solle. Die größte Schwäche des Unionsantrages sei die fehlende Gesamtkonzeption.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies darauf hin, dass man sich mit dem Antrag zur Wehrpflicht und zu einem verstärkten Einsatz der Bundeswehr im Innern bekenne. Die Forderung nach einem Gesamtverteidigungskonzept insbesondere für die innere und äußere Sicherheit des Landes, die notwendige Erhöhung des Verteidigungshaushaltes, eine personell- und leistungsstarke Bundeswehr, aber auch internationale Verlässlichkeit, insbesondere bei Kriseneinsätzen seien wesentliche Forderungen des Antrages. Die veränderte Lage erfordere die umgehende Vorlage eines Weißbuches.

Aus Sicht der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** gebe es zwar Gemeinsamkeiten im Unionsantrag mit dem Koalitionsantrag auf Drucksache 15/2656; es mangele aber – obwohl ein Gesamtkonzept für eine moderne Bundeswehr gefordert werde – an der Entwicklung eines sicherheitspolitischen Gesamtansatzes. Soweit es um die baldige Vorlage eines Weißbuches gehe, wurde darauf hingewiesen, dass insbesondere der 11. September die frühere Fertigstellung eines Weißbuches verhindert habe. Der Unionsantrag weise in der Gewichtung der Aufgaben eine deutliche Akzentverschiebung in Richtung Heimatschutz auf. Davon wolle man sich distanzieren.

Seitens der **Fraktion der FDP** wurde darauf hingewiesen, dass es nicht ausreiche, wenn die Union Forderungen an die Bundesregierung stelle, selbst aber kein Konzept entwickele. Eine Vermengung von innerer und äußerer Sicherheit bzw. eine Übernahme polizeilicher Aufgaben durch die Bundeswehr lehne man ab.

Berlin, den 7. Mai 2004

Rainer Arnold
Berichterstatter

Christian Schmidt (Fürth)
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333